

# Die Spätfolgen des „Radikalenerlasses“

50 Jahre nach dem umstrittenen Beschluss fordert der DGB Aufarbeitung der Berufsverbote und Entschädigungen

Von Sebastian Besau

Am Freitag jährte sich der Beschluss des sogenannten „Radikalenerlasses“ zum 50. Mal. Der DGB Düsseldorf fordert aus diesem Anlass eine Rehabilitation und Entschädigung der Betroffenen der „staatlichen Gesinnungsschnüffelei“. Aufgrund des Beschlusses wurden alle Bewerber für den Öffentlichen Dienst ab 1972 auf eine „verfassungstreue“ Gesinnung überprüft. Bundesweit über 10.000 Bürger konnten in Folge ihren gelernten Beruf nicht ausüben, etwa 5000 von ihnen in NRW, wo die Überprüfungen bis 1980 Bestand hatten. Besonders Lehrer waren betroffen.

**„Ich bekomme monatlich 500 Euro weniger als Kollegen, die diese Jahre durcharbeiten konnten.“**

**Uwe Koopmann**, war als junger Lehrer vom „Radikalenerlass“ betroffen.

„Nach einem halben Jahrhundert ist es überfällig, dass die Betroffenen des Radikalenerlasses endlich rehabilitiert und für das erlittene Unrecht entschädigt werden“, sagt DGB-Vorsitzende Sigrid Wolf. „Rückblickend war die Art und Weise, wie der Radikalenerlass in der Praxis eingesetzt wurde, Unrecht.“ Die Betroffenen, so Wolf, leiden bis heute unter den materiellen und psychischen Folgen.

„Ich war selbst vom Radikalenerlass betroffen“, sagt Sylvia Burkert, Düsseldorfer Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Nachdem sie in den Siebzigern ihr Referendariat absolviert hatte, sollte sie nicht weiter als Lehrerin angestellt werden. Der Grund: Eine Mitgliedschaft bei der DKP. Eine Funktion



6. Dezember 1975: Wie hier in Stuttgart gingen in den Siebzigern ganz Deutschland Menschen auf die Straße, um gegen den so genannten Radikalenerlass zu protestieren.

FOTO: ROLF HAID / DPA

hatte sie in dieser Partei nicht, erklärt sie. Sie sei lediglich auf Mitgliederversammlungen anwesend gewesen.

#### Manche konnten sich „einklagen“

Ihre Berührung mit dem Radikalenerlass sei noch „glimpflich“ ausgegangen, berichtet sie: „Es gab die Möglichkeit, sich über das Landesarbeitsgericht einzuklagen – und das haben auch einige Anwälte geschafft.“ Auch sie hatte dieses „Glück“, konnte dann als angestellte Lehrerin arbeiten. Später wurde sie verbeamtet. Vielen erging es anders: „Ich kenne Kollegen, die deswegen jetzt in der Rente finanzielle Probleme haben.“ Gerade deswegen ist für sie klar: „Es braucht auch

eine finanzielle Entschädigung.“

Uwe Koopmann ist in seiner Wahlheimat Düsseldorf vor allem als Bezirksvertreter in Gerresheim bekannt geworden. Auch ihn traf einst ein Berufsverbot: Nach seinem Referendariat an einem Gymnasium in Brake (Niedersachsen), sollte er eine Stelle als Lehrer antreten. „Ich habe dann zum Arbeitsbeginn die Mitteilung bekommen, dass es Zweifel an meiner Verfassungstreue gebe“, erklärt er. Damit war seine Lehreraufbahn vorerst beendet. Nicht mal die Schule war im Vorfeld informiert worden. Ein paar Gründe habe es für den Vorwurf gegeben: „Einmal, dass ich an einem bestimmten Tag eine Versammlung der DKP besucht hatte.

Man gab sogar die Uhrzeit an“, so Koopmann. Der Verfassungsschutz hatte dort wahrscheinlich Spitzel platziert, schließt er. An die DKP hatte er außerdem zehn Mark gespendet, für deren Parteizeitschrift ein Plädoyer für die redaktionelle Unabhängigkeit von Zeitungen verfasst. Das reichte den Behörden, um ihm die Tätigkeit als Lehrer zu verbieten, berichtet er.

Knapp 15 Jahre später – nachdem eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein ähnliches Berufsverbot für unzulässig erklärt hatte – bewarb sich Koopmann in seiner neuen Heimat Düsseldorf wieder als Lehrer. Er bekam die Stelle – wenn auch nicht ohne juristische Komplikationen.

Seit zehn Jahren ist Koopmann nun in Rente. „Ich bekomme monatlich 500 Euro weniger als Kollegen, die diese Jahre durcharbeiten konnten.“ Doch er kenne Rentner, die es noch schwerer haben mit den Spätfolgen ihrer Berufsverbote. „Ich würde es begrüßen, wenn der finanzielle Schaden ausgeglichen wird.“

Im vergangenen Jahr hat die Landtagsfraktion der Grünen und der SPD einen Antrag gestellt, der die volle Aufarbeitung und die Prüfung von Möglichkeiten der Rehabilitation und Entschädigung fordert. „Wir fordern die Düsseldorf-Landtagsabgeordneten von CDU und FDP auf, sich im Sinne der Betroffenen einzusetzen“, appelliert DGB-Vorsitzende Sigrid Wolf.